

# FreiBrief aus Berlin

## 10/2016



### Sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen zwei Sitzungswochen hat der Deutsche Bundestag zahlreiche Themen beraten und einiges auf den Weg gebracht. Beispielsweise wurde die Erbschaftssteuerreform verabschiedet. Auch wenn es schwierig war, die Vorstellungen des Bundesverfassungsgerichts mit den unseren zusammen zu bringen, haben wir dennoch ein ordentliches Ergebnis für unsere heimische Wirtschaft erreicht. Auch die sog. „Flexi-Rente“, also das Gesetz zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben, wurde in erster Lesung beraten. Wir arbeiten an einer modernen, realistisch ausgerichteten Rente, die sich an die veränderte Arbeitswelt anpasst.

Als bemerkenswert sehe ich die Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel an, im Bereich der Flüchtlingspolitik dürfe sich ein Jahr wie 2015 nicht wiederholen. Sie hat mit ihrer Presseerklärung auch deutlich gemacht, dass die Herausforderung zwar noch nicht gelöst ist, aber dass die bereits verabschiedeten Maßnahmen wie beispielsweise die Asylpakete I und II, das Integrationsgesetz oder die Wohnsitzauflage Wirkung zeigen und dass weitere Schritte notwendig sein werden, um die Zuwanderung an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft auszurichten.

Herzlichst

### INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	2
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	5
<i>Nächste Bürgersprechstunde am 27. Oktober 2016 im Wahlkreisbüro</i>	8
<i>Bund weitet Förderung der Mehrgenerationenhäuser deutlich aus</i>	8

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)



## Bericht aus Berlin

---

### Noch mehr Umverteilung schadet unserem Land

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen wir uns für gute Rahmenbedingungen ein, die der Wirtschaft Luft zum Atmen lassen und Arbeitsplätze als Grundlage unseres Wohlstands schaffen oder zumindest sichern. Umso mehr erachte



ich es als großen Erfolg, dass die nunmehr vorliegende Lösung bei der Erbschaftssteuerreform wie bisher Anreize bietet, um Arbeitsplätze beim Unternehmensübergang dauerhaft zu sichern und damit die finanzielle Basis der Unternehmen nicht unnötig zu schwächen. Damit haben wir glücklicherweise die Attacken aus dem linken Lager abgewehrt, die auf eine deutliche Ausweitung der Steuerverpflichtungen gedrängt haben. Da wir die knapp bemessenen Spielräume des Urteils des Bundesverfassungsgerichts bestmöglich genutzt haben, ist es ein großer Erfolg für die vielen mittelständischen und familiengeführten Unternehmen in unserer Region.

ich es als großen Erfolg, dass die nunmehr vorliegende Lösung bei der Erbschaftssteuerreform wie bisher Anreize bietet, um Arbeitsplätze beim Unternehmensübergang dauerhaft zu sichern und damit die finanzielle Basis der Unternehmen nicht unnötig zu schwächen. Damit haben wir glücklicherweise die Attacken aus dem linken Lager abgewehrt, die auf eine deutliche Ausweitung der Steuerverpflichtungen gedrängt haben. Da wir die knapp bemessenen Spielräume des Urteils des Bundesverfassungsgerichts bestmöglich genutzt haben, ist es ein großer Erfolg für die vielen mittelständischen und familiengeführten Unternehmen in unserer Region.

### Abbau von Sozialausgaben im Konjunkturhochlauf nötig

Die von SPD und Grünen, aber auch von Linken geforderte Ausweitung der Erbschaftssteuer ist aus meiner Sicht genau wie die Forderung nach einer Vermögenden-Steuer reine Augenwischerei im Sinne bester linker Sozialromantik. Mit solchen Forderungen unterstreichen die linken Parteien, dass sie die bereits heute bestehende, riesige Umverteilungsmaschinerie genau wie die tatsächlichen Probleme und Ungleichgewichte in unserem Land verkennen. Die Sozialausgaben belaufen sich pro Jahr auf rund 161 Milliarden Euro, das sind 55 Prozent des Gesamthaushalts. Allein der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung, das Arbeitslosengeld II und der Zuschuss zum Gesundheitsfonds machen bereits 40 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben aus. Da

kann niemand allen Ernstes von einem Wildwestkapitalismus reden. Dabei sollte es in guten konjunkturellen Zeiten doch eigentlich anders sein. Wenn die Wirtschaft brummt, müssten die Sozialausgaben sinken. Schließlich sind dann weniger Menschen arbeitslos, und viele Arbeitnehmer füllen die Sozialkassen.

### Mittelstand entlasten. Kalte Progression abbauen.

Spitzensteuergrenze anheben. Unser eigentliches Problem ist die übermäßig starke Belastung des Mittelstands. Die OECD hat die bestehenden Defizite erst kürzlich wieder genau benannt. Leistung lohnt sich gerade für den Mittelstand als Rückgrat unserer Gesellschaft viel zu wenig. Die 10 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen kommen schon heute für fast 60 % der Steuereinnahmen auf. Mehr Umverteilung geht kaum. Das erachte ich vor allem deshalb als problematisch, da die sog. Höchstverdiener bereits bei einem Jahreseinkommen von etwa 75.000 EUR eingeordnet werden. Noch problematischer ist jedoch, dass der Höchststeuersatz bereits bei einem Jahreseinkommen von 54.000 EUR p.a. greift. Das ist gerade einmal 1,4-mal so viel wie der Durchschnittslohn. Leidtragende wären vor allem das mittlere Management und viele Facharbeiter. Waren früher 54.000 Euro ein Spitzenverdienst, ist es heute das Einkommen eines kleinen Handwerksbetriebs. Das wird von den Umverteilern häufig vergessen. Für die drei Millionen mittelständischen Personengesellschaften ist die Einkommensteuer die Unternehmensteuer. Hier müssen wir ansetzen. Das betrifft zum einen den Abbau der kalten Progression. Zum anderen müssen wir die Bemessungsgrenze für den Maximalsteuersatz nach oben verschieben.

### Thorsten Frei trifft den langjährigen mazedonischen Premierminister Nikola Gruevski

Anfang September empfing ich den langjährigen mazedonischen Premierminister Nikola Gruevski sowie weitere hochrangige Vertreter aus dem mazedonischen Parlament bzw. der Regierung. Das Gespräch, das verschiedene vorangegangene Treffen ergänzt, drehte sich vorwiegend

um die vorgezogenen Neuwahlen am 11. Dezember 2016, die auf Vermittlung der internationalen Gemeinschaft und verschiedenen gescheiterten Anläufen die mehr als anderthalb Jahre andauernde politische Krise in Mazedonien beenden soll. Daneben ging es um die Flüchtlingskrise und den Namensstreit mit Griechenland, der seit Jahren den Beginn von Beitrittsgesprächen für die Aufnahme in die EU und auch den Beitritt zu NATO blockiert.



Gruevski zeigte sich äußerst zuversichtlich, die Wahl mit seiner Partei, der VMRO-DPMNE, am Ende des Jahres zu gewinnen und danach die bilateralen Verhandlungen in der Namensfrage mit Griechenland mit neuem Schwung anzugehen. Meinen Gästen versicherte ich, dass Deutschland auch in Zukunft auf eine enge Zusammenarbeit und die Unterstützung für Mazedonien setze, gerade wenn es um den Namensstreit und die Annäherung an die EU geht. Daneben thematisierten wir natürlich auch die Bewältigung der gegenwärtigen Flüchtlingsherausforderungen, bei denen Mazedonien für die EU zu einem unverzichtbaren und verlässlichen Partner geworden ist. Nicht allein das EU-Türkei-Abkommen hat für die drastische Begrenzung des Zuzugs gesorgt. Wesentlich dafür war auch die Schließung der Balkanroute in Mazedonien. Aufgrund der Bedeutung der weiteren Entwicklungen in beiden Themenfeldern für Deutschland werde ich Anfang November nach Mazedonien reisen, um mir vor Ort ein persönliches Bild von der Lage an der Balkanroute und im Wahlkampf der Parteien machen.

### Mit Albanien im Dialog – Thorsten Frei empfängt Botschafter Artur Kuko im Bundestag



Am vergangenen Freitag habe ich in meinem Berliner Abgeordnetenbüro ein Gespräch mit dem albanischen Botschafter in Deutschland, S.E. Artur Kuko, geführt, das eine ganze Reihe von vorangehenden Gesprächen ergänzt. Bei dem neuerlichen Gedankenaustausch ging es erneut um die Annäherung Albaniens an die EU. Seit der Erteilung des Kandidatenstatus im Jahr 2014 hofft der kleine Adria-Anrainer auf die Aufnahme von offiziellen Beitrittsverhandlungen. Um dies zu erreichen, muss Albanien spürbare Fortschritte in fünf Schlüsselbereichen nachweisen. Dazu gehören der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität, eine Reform des Justizwesens und die Stärkung der Verwaltung. In diesem Zusammenhang erörterte ich mit Botschafter Kuko die jüngst im albanischen Parlament verabschiedete Justizreform, die auf dem Papier alle Bedingungen in diesem Bereich erfüllt. Letztlich würden damit sämtliche Richter auf ihre Unabhängigkeit überprüft werden. In diesem Sinne betonte ich nachdrücklich, dass es nunmehr darauf ankomme, dass die Reform tatsächlich implementiert wird, da sie ansonsten nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben steht.

### Mehr deutsche Polizisten im Ausland bedeuten auch mehr Sicherheit in Deutschland

Anlässlich eines von mir initiierten Koalitionsantrags zur Entsendung deutscher Polizisten in

internationale, vor allem VN-geführte Friedensmissionen konnte ich Mitte September im Deutschen Bundestag für die CDU/CSU-Fraktion einen Debattenbeitrag leisten. Dabei wies ich darauf hin, dass Deutschland sehr viel leiste, um für Frieden und zunehmenden Wohlstand auch in Entwicklungsländern einzutreten – schließlich sind wir einer der größten Geber. Dennoch ist es ein wesentliches Defizit, dass wir bei der Entsendung von hoch qualifizierten Polizisten in die Missionen der Vereinten Nationen derzeit lediglich 27 Beamtinnen und Beamte abstellen. Damit liegen wir in der Gesamtbetrachtung der Vereinten Nationen lediglich auf Platz 48. An dieser Stelle sehe ich eine wesentliche Diskrepanz zwischen unserem Beitrag einerseits und unseren Ansprüchen sowie unseren Interessen andererseits. Gerade auf die Polizei als Exekutiv-Fundament eines funktionierenden Rechtsstaats kommt es an, wenn es um den Aufbau gescheiterter Staaten, um die dauerhafte Beilegung von Konflikten und um das Vertrauen der Menschen in den eigenen Staat bzw. die eigene Regierung geht. Ohne funktionierende Staatsgewalt funktioniert keine Exit-Strategie für die VN-Missionen, weil es keinen bleibenden Frieden geben wird. Deshalb gab es in diesem Bereich einen signifikanten Aufwuchs. Während 1995 noch etwa 5.800 Polizisten für die VN Dienst leisteten, sind es heute mehr als 16.000. Auch Deutschland müsste an dieser Stelle mehr tun und darf sich nicht nur hinter Geldzahlungen verstecken. Um dies zu schaffen, müssen zunächst hierzulande die notwendigen Weichen gestellt werden. Es geht darum, insgesamt und dauerhaft deutlich mehr Führungskräfte und spezialisierte Polizisten zu entsenden als bisher. Im Raum stehen als gute Kenngröße die im EU-Ratsbeschluss von Santa Maria de Feira im Jahr 2000 genannten 910 Polizisten für Deutschland. Auch wenn dies mehr finanziellen Aufwand des Bundes bedeutet, wird sich jeder eingebrachte Euro mehrfach auszahlen. Mir ist ganz besonders wichtig, dass jetzt ein strategisches Konzept entwickelt wird, um entsprechend der finanziellen Unterlegung der VN auch eigene Leute in Führungs- und Spitzenpositionen in den Missionen zu bringen. Um dies zu erreichen, muss ein Mentalitätswandel im Bund und auf Länderebene herbeigeführt werden. Die Polizeivollzugsbehörden dürfen

den Einsatz im Ausland nicht nur dem Goodwill und Enthusiasmus des Einzelnen überlassen. Auch dürfen sich Auslandseinsätze nicht länger als Karriereknick entpuppen, selbst wenn sie länger als ein Jahr angesetzt sind. Das vollständige Video der Rede können Sie unter [www.thorsten-frei.info/Reden.html](http://www.thorsten-frei.info/Reden.html) abrufen.

### Mit jungen afghanischen Asylbewerber die Situation am Hindukusch erörtert



Als Afghanistan-Berichterstatler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss habe ich mit einer kleinen Gruppe von jungen Asylbewerbern aus Afghanistan, die im Rahmen eines Integrationsprojekts künstlerisch an Deutschland, unsere Gesellschaft und Kultur herangeführt werden, ein ausführliches Gespräch im Bundestag geführt. Zunächst stellten die Initiatoren und Träger des Projekts, Carl Gerber und David Ruf, zwei Drehbuchautoren und Regisseure aus der Berliner Kreativszene, ihre Schützlinge zwischen 13 und 18 Jahren und die Idee hinter dem Projekt vor, bevor ich über meine Arbeit im Bundestag und die deutsche Afghanistanpolitik berichtete. Die anschließende Diskussionsrunde drehte sich um die Sicherheitslage in Afghanistan, um das deutsche Engagement vor Ort, um die sichtbaren Verbesserungen im Land durch den Einsatz der Internationalen Gemeinschaft und um die vielen, nach wie vor offen zu Tage tretenden Defizite. Naturgemäß interessierten sich die Schülerinnen und Schüler auch für die Lage und den Umgang mit Asylbewerbern aus Afghanistan in Deutschland. In

meinen Ausführungen betonte ich, dass viele Regionen in Afghanistan noch immer unsicher seien, es aber auch sichere Bereiche gebe und dass Asylentscheidungen sich immer an der persönlichen Verfolgungssituation des Einzelnen orientieren müssen. Ebenso unterstrich ich, dass es in Deutschland im Grundgesetz zwar ein festgeschriebenes Recht auf Asyl gebe, dass es aber gleichzeitig auch faktische Grenzen der Aufnahmefähigkeit gebe. Besonders wichtig ist es aus meiner Sicht, dass die vielen jungen Menschen, die bei uns Asyl suchen und bestenfalls qualifiziert werden, sobald als möglich zurück in ihre Heimat gehen. Ohne die Rückkehr der Jugend kann keine dauerhafte Änderung und Verbesserung in den Herkunftsländern der Flüchtlinge erreicht werden. Und gerade in Afghanistan gibt es eine sehr selbstbewusste, politisch interessierte und demokratisch orientierte junge Generation.

### Aktuelles aus dem Wahlkreis

#### Antrittsbesuch bei Bürgermeister Michael Kollmeier in Hüfingen



Mitte Juli habe ich die Gelegenheit genutzt, um dem frisch gewählten Bürgermeister der Stadt Hüfingen, Michael Kollmeier, einen Antrittsbesuch abzustatten, um mich im Rathaus und bei einer Vor-Ort-Besichtigung mit ihm auszutauschen. Neben zahlreichen landes- und bundespolitischen Themen, wie beispielsweise die Bildungs-, Energie-, Städtebau- oder Sozialpolitik, wurden vor allem die kommunalpolitischen Themen der Stadt und seiner Ortsteile angesprochen. Dabei erläuterte mir Bürgermeister Kollmeier nach seinen ersten drei Wochen im Dienst seine Visionen und griff eine breite Palette an

Themen auf, die er und die Mitarbeiter in der Stadtverwaltung bereits angepackt haben: Lärmschutzmaßnahmen entlang der B27, eine punktuell verbesserte Verkehrssituation mit dem Ziel der Verkehrsentslastung, die auch die Weiterentwicklung des Feldwege- sowie Radwegenetzes umfasst, oder die Schaffung von Wohn- und Gewerbeflächen als Zeichen erfolgreicher Standortpolitik. Davon konnte ich mir beim Besuch des im zweiten Bauabschnitt befindlichen Baugebiets "Auf Hohen" explizit ein Bild machen. Angesichts der sehr hohen Freizeit- und Lebensqualität waren Bürgermeister Kollmeier und ich uns einig, dass sich Hüfingen auch im Bereich Wohnbesiedlung positiv weiterentwickeln wird, um sein Niveau - gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Effekte - halten zu können.

#### Nachhaltigkeit als Markenkern – Firmenbesuch bei Ricosta in Donaueschingen



In einem persönlichen Gespräch samt anschließendem Pressetermin am Hauptsitz in Donaueschingen informierte ich mich bei Ralph Rieker, geschäftsführender Gesellschafter der Ricosta Schuhfabriken GmbH, Jörg Ertl, Mitglied der Geschäftsführung, und Vertriebsleiter Kai Moewes über die zahlreichen Aktivitäten und nachhaltigen Pilotprojekte des inhabergeführten Familienunternehmens. Seit 45 Jahren stellt das Unternehmen sehr erfolgreich Kinderschuhe an vier Produktionsstätten in Deutschland, Polen, Ungarn und Rumänien her und zeichnet sich dabei durch solides Handwerk, ein klares Bekenntnis zur Wertbeständigkeit und Nachhaltigkeit und verantwortungsbewusstes Unternehmertum aus. Das betrifft die Produktionsprozesse, die Mitarbeiter und gesellschaftliche Verantwortung gleichermaßen. Durch die fast 20-jährige Erfahrung in den Bereichen Umwelt-, Arbeits- und

Gesundheitsschutz konnte Ricosta in allen relevanten Feldern hohe Standards setzen. Damit wird das Unternehmen seiner Verantwortung für zukünftige Generationen, nach innen, wie nach außen im besonderen Maße gerecht. Das wird besonders durch die Teilnahme von Ricosta am develoPPP.de-Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutlich. Die Ausdauer und Beharrlichkeit des Unternehmens, Aspekte des Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutzes als Qualitätsmerkmal und Markenkern zu definieren und völlige Transparenz in allen Produktionsbereichen zu etablieren, sind für mich ein Paradebeispiel für Glaubwürdigkeit in der Branche.

### Politik im Wechsel – Jahreshauptversammlung der CDU St. Georgen



Im schnellen Wechsel der Herausforderungen unserer Zeit braucht es Menschen mit Führungsqualität, Glaubwürdigkeit und Entscheidungsfreude. Auf der Jahreshauptversammlung der CDU St. Georgen beendete nun mit Manfred Scherer das Zugpferd und die Identifikationsfigur der CDU vor Ort nach 27 Jahren seine beeindruckend erfolgreiche und abwechslungsreiche Tätigkeit als Stadtverbandsvorsitzender. Scherer, der bereits 1989 in den wechselhaften Zeiten der Wiedervereinigung Deutschlands beispielhaft Verantwortung übernommen, klare Ziele formuliert und diese trotz Gegenwind konsequent verfolgt hat, wurde für seine Verdienste einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In der folgenden Diskussion mit den Parteimitgliedern vor Ort lag ein Schwerpunkt auf der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Ich versicherte, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen mit der von uns getragenen Bundesregierung alles daran setzen werde, um weiter an den richti-

gen Stellschrauben zu drehen und damit die Prozesse zu ordnen und die Anzahl der neu ankommenden Flüchtlinge weiter konsequent zu reduzieren.

### Global wirkt lokal – Auftakt der Fairen Woche im Weltladen Wolfach



Im Rahmen der bundesweit veranstalteten Fairen Woche, der größten Aktionswoche zum Fairen Handel in Deutschland, besuchte ich den Weltladen Wolfach, um mich mit den Betreibern über ihr nachhaltiges ehrenamtliches Engagement auszutauschen. Die stetig steigende Nachfrage nach fair hergestellten und gehandelten Waren aus allen Teilen der Erde zeigt, dass die gesellschaftliche Verantwortung quer durch alle Schichten und Altersstrukturen mehr und mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt ist und unterstreicht gleichzeitig die Notwendigkeit fairer Handelsbeziehungen zwischen der ersten Welt und den Entwicklungs- bzw. Schwellenländern. Jeder Einzelne kann über sein Konsumverhalten direkt Einfluss auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern nehmen. Gerade mit Blick auf die Bekämpfung der Fluchtursachen ist Hilfe zur Selbsthilfe dabei der beste Weg, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im globalen Süden unserer Erde Schritt für Schritt zu verbessern. Der faire Handel und die rund 800 Weltläden in Deutschland bieten somit nicht nur ein attraktives und breit gefächertes Sortiment fair gehandelter Waren und leisten gemeinsam mit einer großen Zahl von Aktionsgruppen umfangreiche Informations-, Bildungs- und Kampagnenarbeit zum Fairen Handel, sondern ist zum wichtigen Instrument der weltweiten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit geworden. Deshalb drängt die Bundesregierung auch auf allen Ebenen auf eine Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den Heimatregionen.

## Intensive Gespräche in den Innenstädten der Doppelstadt – Vor-Ort-Termine der CDU Villingen-Schwenningen



Unabhängig von Wahlen möchte ich aktiv mit den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises ins Gespräch kommen. An zwei aufeinander folgenden Samstagmorgen im September suchte ich am Infostand der CDU Villingen-Schwenningen mitten in den Innenstädten der Doppelstadt jeweils über vier Stunden das direkte Gespräch mit den Passanten, um einmal mehr zu erfahren, wo der Schuh drückt und was sich die Menschen von ihrem Vertreter in Berlin wünschen. Die breite Spanne der diskutierten Themen unterstreicht dabei letztlich das große Interesse der Menschen an Politik. Flüchtlingskrise, Rentenpunkte für ehrenamtliches Engagement, Energiepreise und Windkraft, die Abschaffung der kalten Progression und Steuererleichterungen für junge innovative Unternehmen, Gäubahn und Fluglärm, die Stärken des nun vorliegenden Gesetzesentwurfs zum Bundesteilhabegesetz, die



Einigung zur Erbschaftsteuerreform zugunsten kleinerer und mittlerer Unternehmen in der Region, die steuerliche Förderung von Elektromobilität

und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit waren nur einige der thematisch zum Tragen gekommenen Schlaglichter. Meine Erwartungen an die beiden Vor-Ort-Termine in Villingen und Schwenningen wurden mehr als übertroffen. Die Menschen haben genau im Blick, wie sich die Politik für ihre Belange einsetzt. Sie formulieren klar und deutlich ihre Meinung und ihren Anspruch. Dieser Austausch ist eine wichtige Basis für meine Arbeit und An-

sporn zugleich. Herzlichen Dank an die CDU Villingen-Schwenningen die Unterstützung und die tolle Vorbereitung.

## Intensiver Austausch auf der Jahreshauptversammlung der Jungen Union Schwarzwald-Baar



Ganz im Zeichen nachhaltiger Politik stand die Jahreshauptversammlung der Jungen Union Schwarzwald-Baar, bei der ich mich erneut mit den jungen, engagierten Parteifreunden über die aktuelle politische Situation in Deutschland und der Welt ausgetauscht habe. Mir ist die Perspektive unserer zukünftigen Generationen bei der Bewertung und der Lösung der Herausforderungen unserer Zeit besonders wichtig. Ich skizzierte in aller Kürze die vielfältigen, in den vergangenen Monaten bundespolitisch auf den Weg gebrachten Maßnahmen in der Flüchtlingskrise - allen voran die zwei Asylopakete, das Integrationsgesetz und zusätzliche Haushaltsmittel für die Stärkung der inneren Sicherheit sowie effizienteres Verwaltungshandeln und machte dabei deutlich, dass wir trotz einer auf das Jahr 2016 hochgerechneten Zahl von 300.000 neuankommenden Flüchtlingen nunmehr effizient ordnen, konsequent steuern und deutlich reduzieren. Baden-Württemberg hat bereits alle Altfälle aufgearbeitet und auch bundesweit wird das bis Ende des Jahres gelingen. Die eigentlichen Herausforderungen kommen also erst nach der Entscheidung. Wer zurecht bei uns ist, braucht eine Bleibeperspektive. Dabei gilt es, Parallelgesellschaften um jeden Preis zu verhindern sind. Wer eine solche Perspektive nicht hat, muss unser Land möglichst schnell wieder verlassen. Mit Blick auf die Anreize zum Arbeitsplatzverlust ist die Einigung bei der Erbschaftsteuer zugunsten der mittelständischen Familienunternehmen ein richtungsweisender Erfolgsfaktor für unser Land. Zusammen mit anderen Faktoren wie dem

ausgeglichene Haushalt, den derzeit verzeichneten Rekordsteuereinnahmen und enormen Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zeigt sich, dass die CDU-geführte Bundesregierung heute bereits alles daran setzt, damit die Menschen im Land auch morgen auf unseren Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit vertrauen zu können. Meine Einschätzung für die Chancen einer Realisierung der für unsere Wirtschaft wichtigen Freihandelsabkommen TTIP/CETA, die Stärkung der inneren Sicherheit und ein Ausblick auf mögliche Themen der Bundestagswahl im Herbst 2017 rundeten die lebhafteste Diskussion zu später Stunde ab.

### Nächste Bürgersprechstunde: Herzliche Einladung!



### Bund weitet Förderung der Mehrgenerationenhäuser deutlich aus

Ich freue mich ganz besonders, dass mit dem Generationentreff Lebenswert e.V. aus Bad Dürrenheim nun neben dem Mehrgenerationenhaus des Caritasverbandes in Donaueschingen ein weiteres Mehrgenerationenhaus in meinem Wahlkreis mit Bundesmitteln gefördert wird. Das Interesse am Bundesförderprogramm Mehrgenerationenhäuser nimmt stetig zu, was sich nicht zuletzt an

mehr als 125 Neubewerbungen im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens für den Förderzeitraum 2017-2020 widerspiegelt. Aufgrund des Einsatzes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es in den Haushaltsberatungen gelungen, die Finanzierung für weitere 105 Mehrgenerationenhäuser im Haushalt sicherzustellen. Dadurch ist es möglich, dass erfolgreiche Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus fortzuführen und auf nunmehr etwa 560 auszubauen. Die auf das Engagement der ehemaligen CDU-Familienministerinnen Ursula von der Leyen und Kristina Schröder zurückgehenden Mehrgenerationenhäuser leisten heute in vielen Kommunen einen unverzichtbaren Beitrag für ein gutes gesellschaftliches Miteinander. Neben dem Anlaufpunkt als Begegnungsstätte wird in den Mehrgenerationenhäusern ein breites Spektrum an Aufgaben bearbeitet, von denen die Kommunen und deren Einwohnerinnen und Einwohner profitieren. Mit den bisherigen Aktionsprogrammen wurde die Arbeit in den Häusern vielschichtig von Bundeseite flankiert und gestützt.

## Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal

#### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

#### Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)

Internet: [www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)

facebook: [www.facebook.de/ThorstenFreiCDU](https://www.facebook.de/ThorstenFreiCDU)